

Absender:

**Fraktion BIBS im Rat der Stadt /
Rosenbaum, Peter**

21-16981
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Warnschreiben der Verwaltung vom 06.08. an
Wahlausschussmitglieder**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.09.2021

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

05.10.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Die BIBS hatte diese Fragen am 27.08. schon als Anfrage außerhalb von Sitzungen gestellt, aber bisher noch keine Antwort bekommen.

Die Stadt hat mit Schreiben vom 06.08.2021 die Mitglieder des Gemeindewahlausschusses vor möglichen Folgen der Ausschuss-Sitzung gewarnt, weil ihre Namen von der Partei Die Rechte in den sozialen Netzen veröffentlicht worden seien. Sie mögen sich an den hiesigen polizeilichen Staatsschutz wenden.

Der Absender ist derselbe Stadtbeamte, der in der Sitzung die Ausschuss-Mitglieder mit juristischen Gründen drängte, für die Zulassung des notorischen Nazi-Schlägers Pierre Bauer als OB-Kandidat zu stimmen.

Weil die Ausschussmitglieder diesem Drängen der Verwaltung nicht nachkamen, sieht die Verwaltung offenbar nun einen Grund für eine mögliche Verfolgung durch die Nazi-Gruppierung um eben diesen Pierre Bauer.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wer verantwortet das beschriebene und hier beigefügte Schriftstück der Verwaltung?
2. Warum wurde der ebenfalls zur Sitzung am 02.08.2021 geladene und der Sitzung beiwohnende Ratsherr Peter Rosenbaum nicht bereits während und nach eben dieser Sitzung vor den Pöbeleien, dem Anrempeln und Drohungen durch Pierre Bauer und seine Nazi-Gruppe durch den Hausherrn bzw. Sitzungsleiter und Inhaber des Hausrechts geschützt?
3. Warum wurden bei der juristischen- und Gesamtbewertung einer OB-Kandidatur des Nazi-Schlägers Pierre Bauer diese Sachverhalte wie auch die Äußerung von Pierre Bauer selbst, "wenn wir ins Rathaus kommen, dann kommen wir als Feinde" nicht berücksichtigt?

Anlagen: Schreiben der Verwaltung an die Mitglieder des Gemeindewahlausschusses

Stadt



Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

Rechtsreferat
Bohlweg 30

Herrn

Name:

Zimmer:

Telefon:

Bürgertelefon/Vermittlung: 0531 470-1
oder Behördennummer 115

Fax:

E-Mail:

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen

Tag

August 2021

Sitzung des Gemeindewahlausschusses am 2. August 2021

Sehr geehrter Herr:

Ich muss noch einmal auf die Sitzung des Gemeindewahlausschusses am 2. August 2021 zurückkommen, in dem u. a. die Zulassung von Herrn Bauer als Wahlvorschlag der Partei DIE RECHTE für die OB-Wahl abgelehnt wurde. Bitte sehen Sie es mir nach, dass ich Sie per Brief kontaktiere, im Wahlamt war leider keine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse bekannt.

Zum Anlass des Briefes: Uns ist kürzlich bekannt geworden, dass in den Internet-Foren der Partei DIE RECHTE die Namen aller Mitglieder des Gemeindewahlausschusses kursieren.

Auch wenn bisher keine konkreten Drohungen etc. belegbar sind, haben wir uns entschieden, Sie über diesen Umstand zu informieren. Mit dem Fachkommissariat 4 der Polizeiinspektion Braunschweig – Staatsschutz – haben wir Kontakt aufgenommen und um Benennung von Ansprechpartnern gebeten, falls Sie den Wunsch haben, mit den Fachleuten über das weitere Vorgehen sprechen zu wollen.

Sie können sich während der üblichen Dienststunden an den Leiter des FK 4, oder seine Vertreterin, wenden. Wenn Sie auf Anhieb niemanden erreichen, müsste die Kollegin / der Kollege aus dem Geschäftszimmer weiterhelfen können.

Außerhalb der Bürozeiten und für den Fall, dass Sie Ungewöhnliches oder Bedrohliches bemerken, zögern Sie bitte nicht, die Polizei über den allgemeinen Notruf 110 zu kontaktieren.

Internet: <http://www.braunschweig.de/rechtsreferat>
Sprechzeiten:115
BREM BEHÖRDENNUMMERNORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07
Volksbank eG BS-WOB IBAN DE60 2699 1066 6036 8640 00Glaubiger-ID: DE 0985700000094285
Umsatzsteuer-ID: DE 71 48 79 770
Umsatzsteuer-Nummern: 14/201700333